

Konferenz über die Lage der Metallindustrie.

Die Konferenz der Arbeiter und Unternehmer der Metallindustrie hat heute ihre Beratung vorläufig beendet; nun werden die eingesetzten Kommissionen ihre Arbeit zu verrichten haben. Ueber die Lohnforderungen der Arbeiter ist gleichzeitig ein vorläufiges Uebereinkommen geschlossen worden, das wir weiter unten mitteilen. Mit einer ersten Mahnung an uns alle schloß der Staatskanzler diese bedeutsame Aussprache, die ihren Wert behaupten und ihren Ertrag bringen wird.

Die Fortsetzung der Aussprache.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs S a n u s h wurde heute nachmittags die Konferenz der Interessenten der Metallindustrie fortgesetzt; der Volksbeauftragte der ungarischen Republik Wilhelm B ö h m wohnte eine kurze Zeit ihr bei.

Experte B a u e r fährt Klage darüber, daß sofort nach Beendigung des Krieges die bisherigen Mindestlöhne vielfach als Höchstlöhne festgesetzt wurden. Es müßte den Unternehmern nahegelegt werden, daß sie als Mitglieder einer Organisation die von dieser abgeschlossenen Verträge einzuhalten haben.

Experte S a m e r s c h m i d t wirt den Unternehmern vor, daß sie während des Krieges das Kriegsfestsetzungsgesetz in rückwärtsloser Weise in Anspruch genommen haben. Die Arbeiterschaft mußte zusehen, wie alle übrigen Stände aus der Not des Volkes Kapital schlagen, sie selbst aber von allen Seiten ausgeplündert wurde. Man ermahnt die Arbeiter mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen zur Vernunft. Diese Mahnung solle man an die Landwirte richten, die in den letzten Tagen wieder ihre Preise erhöht haben. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind gegenüber den Friedenspreisen um 2000 Prozent, die Verdienste der besqualifizierten Arbeiter jedoch nur um ungefähr 300 Prozent gestiegen. Die Demotratifizierung der Betriebe müsse herbeigeführt werden, um die durch Ernährungsorgen geschwundene Arbeitsfreudigkeit und damit die Produktion wieder zu heben.

Experte J a h r a b n i k i: Ein Arbeiter, der im Jahre 1914 einen Stundenlohn von 80 Heller hatte, mußte derzeit 6 Kronen erhalten. Für Wien müßte ein 2prozentiger, für Niederösterreich ein 10prozentiger Aufschlag eintreten. Für Böhmen wäre kein Aufschlag und für das übrige Oberösterreich sogar ein Abzug von 15 bis 20 Prozent vorzunehmen. Diese Entlohnung würde sich stets im Rahmen der internationalen Wertbemessung bewegen und weitere Lohnkämpfe ausschließen.

Experte K a l l i n g e r verlangt für die Arbeiter in Steiermark die gleichen Lohnsätze wie in Niederösterreich.

Experte M o s e r bemerkt, die Unternehmer von Wels müßten sich technisch und maschinell besser einrichten, damit sie konkurrenzfähiger werden, nicht aber den Konkurrenzkampf auf den Schultern der Arbeiter auskämpfen.

Experte S c h ö n verweist auf die Kohlenvorkommnisse im Nöbital und wünscht die Heranziehung der Großhandels-gesellschaft der Konsumvereine bei der Einfuhr von Lebensmitteln aus der Schweiz sowie eine Vertretung der industriellen Interessen bei den deutschösterreichischen Konsulaten.

Unterstaatssekretär Dr. C l e n d o g e n: Nach viereinhalb Jahren Zerstörung und Verwüstung ist eines notwendig: die Rückkehr zur normalen Arbeit. Wir müssen endlich die Demoralisation des Krieges von uns abschütteln. Wir müssen wieder erkennen lernen, daß die höchste Adeltung des Menschen nicht im Schleien und Stehen, sondern im Arbeiten beruht. (Beifall.) Die organisierte Arbeiterschaft besitzt durch eine jahresgehntelange Selbsterziehung genügende Schulung, um den westaufbauenden Charakter der Arbeit zu erkennen. Sie kennt auch genau die Gefahr, die in einer dauernden Arbeitslosenunterstützung liegt. Sie will Verdienst und kein A l i m o s e n. (Lebhafter Beifall.) Aber auch die Unternehmer müssen die elektrische Hochspannung unserer Zeit in Betracht ziehen und wünschen, daß der Arbeiter nicht nur in der Politik und in der Verwaltung, sondern auch im Betrieb als ein gleichberechtigter Bürger anerkannt werden muß. (Beifall.)

Staatssekretär für Finanzen Dr. S c h u m p e t e r schließt in eindringlichen Worten die traurige Lage des Staates und die schrecklichen Folgen, die der Stillstand der Industrie

und die dadurch immer größer werdende Arbeitslosigkeit für die ganze Bevölkerung hätte. Er erinnert daran, was alle während des Krieges geleistet und geduldet haben und bittet jetzt, wo der erste Hoffnungstrahl wieder leuchtet, wo man hoffen könne, in einigen Wochen wieder den Frieden zu haben, noch einige Zeit auszuhalten. Wenn jetzt der Industrie die Mittel weggenommen werden, die notwendig sind, sie in Gang zu erhalten, wenn die Lohnforderungen so hoch werden, daß sie einfach nicht bewilligt werden können, so würde das das größte Elend für alle bedeuten. Dann würden auch die Voraussetzungen zerstört werden, die für die Sozialisierung und für die Besserung der Lage der Arbeiterschaft notwendig sind.

Experte S c h a m e i e r (Oberösterreich) verwahrt sich dagegen, daß die Arbeitslöhne territorial abgestuft sein sollen. Die oberösterreichische Arbeiterschaft lebe nicht in einem Schlaraffenland, wie es allgemein heiße, sondern auch sie leide unter den hohen Lebensmittelpreisen. Die oberösterreichische Arbeiterschaft sei gewiß arbeitsfreudig und leistungsfähig, nur müsse man ihr geben, was notwendig ist. Schließlich verlangt er die Gewährung eines längeren Urlaubs an die Arbeiter.

Experte S t e i n e r (Wien) bespricht eingehend die Mißstände, die sich bei der Sachdemobilisierung ergeben haben, und erklärt, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten, in denen sich die Industrie jetzt befinde, darauf zurückzuführen sei. Er verlangt weiter, daß den Lebensmittelverbänden der Arbeiter das freie Einkaufsrecht zugesichert werde, damit eine Besserung der ganzen Versorgung der Mitglieder dieser Verbände herbeigeführt werde. Schließlich beantragt er, die Lohnkommission aufzufordern, unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern in der aller nächsten Zeit, und zwar in den Monaten Mai bis Juli, ein mindestens vierzehntägiger Urlaub gewährt werde, ohne Rücksicht auf das angeländigte Gesetz.

Experte K r a s t a (Wien) verweist darauf, daß die Arbeitslosigkeit nie so angewachsen wäre, wenn die Unternehmer alles darangesetzt hätten, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Er appelliert an die Staatsregierung, alle diejenigen Betriebe, die von den Unternehmern willkürlich zum Stillstand gebracht wurden, wieder in Gang zu bringen.

Die Experten L a s s y (Oberösterreich) und R e i d l (St. Pölten) weisen darauf hin, daß es eine ganze Reihe von Unternehmungen gebe, die nicht organisiert seien, und verlangen, daß auch diese gezwungen werden, sich an die vereinbarten Beschlüsse in jeder Hinsicht zu halten.

Experte G i l l i e r will die Wirksamkeit des Uebereinkommens auf ganz Deutschösterreich ausgebeht wissen und verlangt, daß es von den Unternehmern auch eingehalten wird.

Experte K a i n e r erklärt, es sei unbedingt notwendig, daß innerhalb der einzelnen Unternehmungen nach der Ausdehnung des Betriebes abgestuft werde. Was dem Großunternehmer nicht schwer falle, bedeute oft für den Kleinen und mittleren Unternehmer den gänzlichen Ruin.

Experte S i n t e r s c h w e i g e r (Oberösterreich) begrüßt es, daß von der derzeitigen Regierung alles aufgeboten wird, um die Industrie wieder in Gang zu bringen. Dies habe in den Kreisen der Industrie ein berechtigtes Vertrauen zu den Führern der Staatsgeschäfte erweckt. Unternehmer und Arbeiter sind aufeinander angewiesen und es wäre daher zu wünschen, daß auch die Arbeiterschaft zum Unternehmertum Vertrauen habe.

Abgeordneter D o m e s fährt aus, der Zweck der Konferenz sei vor allem gewesen, zu erfahren, wie es um die Zukunft der industriellen Produktion bestellt sei. Die Arbeiter haben von der Regierung gehört, daß ein geordnetes A r b e i t e r r e c h t auf gesetzlicher Basis geschaffen werden soll. Was die Gesetzgebung nicht imstande sei, durchzuführen, das wollen die Arbeiter versuchen, im Verein mit den Unternehmern zu erreichen. Die Arbeiter verlangen für Deutschösterreich ein nach einheitlichen Grundsätzen geregelttes Arbeiter- und Lohnrecht. Die Lohnkommission, die sich mit dieser Frage beschäftigen werde, müsse sich aber auch mit der Regelung der A r b e i t s u n t e r s a s s u n g in den Betrieben befassen. Dies werde um so leichter sein, als die gesetzliche Regelung des Urlaubs in Vorbereitung sei und auch das Gesetz über die Betriebsräte in Beratung stehe. Die Arbeiter müssen sich damit vertraut machen, daß man nicht nur produzieren wolle, um eine Produktion zu schaffen, sondern daß die Produktion im Dienste des Konsums stehe, und alle erzeugten Güter konsumiert werden müssen. Wenn es nicht mehr notwendig sei, daß die Arbeiter in den Fabriken untätig herumstehen, wenn genügende Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, dann werde sich auch die Arbeitslust von selber steigern.

Staatskanzler Dr. K e n n e r bespricht die allgemeine Lage (hiesigen Teil der Ausführungen haben wir schon wiedergegeben) und schließt mit Dankworten an die Versammelten die Sitzung.

Ein vorläufiges Uebereinkommen in der Lohnfrage.

Die Lohnkommission der Konferenz tagte Mittwoch unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Dr. K e n n e r. Das von ihr der Konferenz vorgeschlagene U e b e r e i n k o m m e n zwischen den in Betracht kommenden Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen der deutschösterreichischen Metallindustrie und der Regierung wurde von der Konferenz in folgender Fassung angenommen:

1. Der A n s c h a f f u n g s b e i t r a g von 500 Kronen wird auf die Monate April, Mai, Juni, Juli und August aufgeteilt und am 15. eines jeden Monats werden für den ganzen Monat 100 Kronen ausbezahlt.
2. Dazu werden für jedes F a m i l i e n m i t g l i e d 20 Kronen ausgezahlt, in demselben Ausmaß wie für die Staatsbediensteten. Lehrlinge erhalten 20 Kronen.
3. V o r s c h ü s s e im Betrag der halben Monatsgebühr können gegeben werden, wenn der Fabrikanschuß festgestellt hat, daß der Vorschuß für größere Anschaffungen nötig ist. Unternehmungen, die nach dem Urteil dieser Kommission Mangel an Betriebskapital leiden, können zur Auszahlung der Vorschüsse nicht gezwungen werden.
4. Die s t a a t l i c h e F i n a n z v e r w a l t u n g stellt der Anschaffungsbeitrags- und Lohnkommission fünf M i l l i o n e n Kronen als Vorschuß zur Verfügung, die Kommission wird Ansuchen von Firmen, die flüssige Mittel zur Auszahlung des Anschaffungsbeitrages nicht besitzen, entgegennehmen, prüfen und aus diesem Betrag vorläufigweise befristigen. Die zinsenfreien Vorschußbeiträge sind bis 1. September dem Staate zurückzustellen.
5. Die bestehenden L e b e n s m i t t e l v e r b ä n d e sind zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, die das Recht des freien Einkaufs erhalten. Diese Organisation wird auf demokratischer genossenschaftlicher Grundlage und auf der Selbstverwaltung der Angestellten und Arbeiter, unter zugemessener Teilnahme der Unternehmer ruhen.
6. Das S t a a t s a m t f ü r H e e r w e s e n wird seine Bestände an W e l l e i d u n g und B e s c h u n g, soweit sie nur irgend entbehrlich sind, in einem angemessenen an die im Punkt 5 erwähnte Organisation zur Verteilung im eigenen Wirkungsbereich hinausgeben.
7. Die erste R a t e des A n s c h a f f u n g s b e i t r a g e s erfolgt sofort, wobei vorausgesetzt ist, daß die unverzüglich wiederanzunehmenden T a r i f v e r h ä n d l u n g e n zu positiven Ergebnissen führen.

8. Diese Lohnregulierung gilt r ü c k w ä r t s v o m 14. A p r i l für die Betriebe, die bis jetzt eine „Aushilfe“ nicht erhalten haben.

Parlament wird an die Arbeiter eine A n z a h l u n g in der Höhe der bisherigen Aushilfe geleistet. Diese Anzahlung fällt weg, wenn der Tarifvertrag bis dahin zur Durchführung gelangt.

Den Vereinbarungen zwischen der Unternehmerschaft der Metallindustrie, dem Metallarbeiterverband und der Regierung sind nachfolgende Unternehmerorganisationen beigetreten: die Sektionen Wien, St. Pölten, Graz und Linz der Vereinigung der deutschösterreichischen Industrie; der Verband der oberösterreichischen Eisen-, Stahl- und Hülsenwerke; der Verband der Industriellen in den politischen Bezirken Baden, Mühlbühl, Neunkirchen, Wiener-Neustadt und Umgebung; der Verband der Eisen- und Metallwarenerzeuger; der Verband der österreichischen Wagenfabriken und der Wiener Industriellenverband.